

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Dr. Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 10011
Redaktion: Postfach 10011
Druck: Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 10011

Abdruck von Texten ist ohne schriftliche Genehmigung des Verlegers nicht zulässig. Die Verantwortlichkeit für die Richtigkeit der Meldungen überläßt der Redaktion. Die Redaktion ist nicht für die Richtigkeit der Meldungen überläßt der Redaktion.

Druck: Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 10011
Druck: Kurt Schölerker, Dresden, Postfach 10011

Die Japaner besetzen Schanghai

Sie ste Empörung im amerikanischen Senat

Schanghai, 28. Jan. Trotz der Annahme der japanischen Forderungen durch die Chinesen hat der Oberbefehlshaber der japanischen Marinekräfte beschlossen, die an die internationale Konzeption grenzende chinesische Vorstadt Schanghai zu besetzen. Nach englischen Meldungen ist bereits zwischen chinesischen und japanischen Truppen in Schanghai ein heftiges Gefecht im Gange. Die Japaner sollen Verstärkungen nach dem Kampfplatz entsandt haben. Japanische Kriegsschiffe nähmen das chinesische Fort Wusung unter Feuer, nachdem angeblich die Chinesen vorher die Feindseligkeiten eröffnet hatten.

Bei Redaktionsbesuch erreicht und folgende Meldung: Japanische Marineinfanterie in Panzerkraftwagen ist um 11,15 Uhr abends in Schanghai eingedrungen. Im Gongtan-Bezirk, der von japanischen Marinekräften und Panzerkraftwagen vollständig besetzt ist, hört man Gewehr- und Maschinengewehrfeuer. Die Chinesen leisten hartnäckigen Widerstand und weichen nach der internationalen Konzeption zurück. 18 japanische Bewunderte sind in die Kasazette gebracht worden. Die chinesischen Verluste sollen schwer sein. Etwa 10 Chinesen sind gefangen genommen worden. Ein japanischer Panzerwagen versuchte, durch die Konzeption vorzudringen, mußte aber umkehren, da britische Freiwillige ihm die Durchfahrt nicht gestatteten. Der japanische Befehlshaber hat Befehl erteilt, Schanghai mit Fliegerbomben zu besetzen. Die Bevölkerung — Schanghai zählt eine halbe Million Einwohner — hat sich in ihren Wohnungen verbarrikadiert. Nach der Erklärung des Ständrechts in der internationalen Niederlassung ist

das internationale Freiwilligenkorps, das aus Engländern, Amerikanern, Franzosen, Russen und Japanern besteht und Kavallerie, Infanterie, Artillerie sowie Panzerwagen- und Maschinengewehrabteilungen umfaßt, mobilisiert worden. Der englische General Fleming hat den Oberbefehl über sämtliche Truppen der internationalen Niederlassung übernommen. Der japanische Generalkonsul in Schanghai, Murayama, erklärte, er werde genau beobachten, ob die Chinesen die in ihrer Antwortnote auf das japanische Ultimatum gegebenen Versprechungen tatsächlich erfüllen. Sollte der Boykott japanischer Waren nicht sofort einsetzt werden, so müßten die Japaner unverzüglich Maßnahmen ergreifen. Es sei möglich, daß neue japanische Forderungen an die Chinesen gestellt würden.

Japanische Truppen nach Charbin unterwegs
Wurden, 28. Jan. Von Tschangtschun sind japanische Truppen nach Charbin in Marsch gesetzt worden, um die dort lebenden 7000 Japaner zu schützen. Alle Verbindungen Charbins mit der Außenwelt sind abgebrochen. Die manchurische Regierung hat beschlossen, das gesamte Vermögen des Generals Tschangtschuan in

Mukden, Charbin und anderen Städten der Manchurei zu beschlagnahmen. Außerdem soll gegen Tschangtschuan ein Verfahren wegen Unterschlagung von Staatsgeldern eingeleitet werden. Der Prozeß gegen Tschangtschuan soll im Mai in seiner Abwesenheit in Mukden durchgeführt werden.

Das neue chinesische Kabinett. Das Kabinett in Peking ist neu gebildet. Ministerpräsident ist Wang Tschiuwal, Außenminister Lowenkau.

Amerika droht mit Abbruch der diplomatischen Beziehungen

Berlin, 28. Jan. Die Lage im Fernen Osten hat sich in den letzten 24 Stunden außerordentlich zugespitzt. Die zahlreichen Telegramme aus Washington, London, Schanghai und Tokio erkennen lassen, daß die japanisch-amerikanische Spannung durch den Einmarsch der Japaner in Schanghai einen Grad erreicht, der zu ersten Beschränkungen Anlaß gibt. Die Amerikaner setzen ihre Bemühungen fort, England Unterstützung gegen die Landung der japanischen Truppen in Schanghai zu erbitten.

Am Donnerstagabend wurde in Washington an hiesiger Amtsstelle erklärt, daß die Vereinigten Staaten sich schärfstens jedem japanischen Versuch widersetzen würden, die internationale Niederlassung in Schanghai zu besetzen.

Wegen der Besetzung des chinesischen Viertels von Schanghai wurden in amerikanischen Regierungskreisen ebenfalls scharfe Bedenken geäußert. Auch in London wird die Lage als sehr ernst bezeichnet, um so mehr, als man sich völlig darüber im Klaren ist, daß Washington eine Verletzung der chinesischen Hoheitsrechte durch Japan nicht dulden wird.

In englischen politischen Kreisen will man wissen, daß Washington den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zu Tokio für den Fall erwägt, daß eine Einigung in absehbarer Zeit nicht anstands kommt.

Die aus Tokio vorliegenden Meldungen lassen auf ein Einlenken Japans vorläufig nicht schließen. In maßgebenden Kreisen in Tokio wird erklärt, daß wirtschaftliche Gegenmaßnahmen Amerikas zum Abbruch der diplomatischen Beziehungen führen müßten. Es wird allerdings bezweifelt, daß Amerika Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet trifft, da die Vereinigten Staaten ein größeres Interesse an der amerikanischen Ausfuhr nach Japan hätten, als Japan an amerikanischen Waren.

Washington, 28. Jan. Die Berichte über das japanische Vorgehen in Schanghai riefen im amerikanischen Senat heftige Empörung hervor. Senator King (Utah) forderte die sofortige Boykottverhängung gegen Japan. Besonders erregt sind die Vertreter der Pazifikstaaten.

An den Führer der Pazifikflotte, Admiral Taylor, in Manila (Philippinen) sind Geheiminstruktionen abgegangen.

Eiserne Front

Nach wochenlangen Vorbereitungen ist nun in der ganzen Linkspresse, genauer gesagt in der sozialdemokratischen und ihrem linksbürgerlichen Anhang, ein bombastischer Aufruf erschienen, der von der „Reichskampfleitung der Eisernen Front“ unterschrieben ist. Alle deutschen Männer und Frauen freibürgerlicher Gesinnung, heißt es darin, werden aufgefordert, mitzukämpfen „für Volksschicksal, gegen Diktatur, für soziale Gerechtigkeit, für wirtschaftliche Verbesserung, für außenpolitische Freiheit, Frieden und Völkerverständigung und wider alle Feinde der demokratischen Republik.“ Die nähere Erläuterung dieser Schlagworte ergibt, daß sie nichts anderes als eine Umschreibung für den organisierten Kampf der Linken gegen die nationale Bewegung und insbesondere gegen „den gewalttätigen Höhen des Hitlerismus“ sind. Bis zum 21. Februar, also bis zum Beginn der wichtigsten innerpolitischen Entscheidungen, erklärt die Reichskampfleitung, müßten die Bataillone der „Eisernen Front“ in allen Bezirken des Reiches formiert sein. An diesem Tage sollen große Kundgebungen in ganz Deutschland den Freunden und Gegnern die Wucht und Kraft der Bewegung sinnfällig vor Augen führen. Und zum Schluß die Hauptsache: Unter Hinweis auf eine „Rückwoche“ mit umgehenden Sammelstellen ergeht die Aufforderung an alle aufrechten Republikaner: Tut den Weibel an!

Wenn man's so hört, dann möchte es fast scheinen, als ob etwas ganz Neues im Entstehen begriffen sei, ein innerparteilicher Machtfaktor von ungeheurem Umlauf, der wacker und vielleicht in der Lage ist, der nationalen Bewegung den Weg zur Macht zu versperren. Bei näherer Betrachtung und nach Abzug der Reklamephrasen läßt sich aber die Sache viel harmloser an. Nämlich als eine Umtaufe des allbekanntesten Reichsbanner's Schwarzrot-Gold, das sich im Laufe der letzten Jahre immer deutlicher aus einer republikanischen zu einer sozialdemokratischen Schutztruppe entwickelt hat. Die Gründe für die Umorganisation sind verschiedener Art. Kein äußerlich macht sich auch hier das neuerlich stark hervortretende Bedürfnis der Sozialdemokraten nach militärischen Bezeichnungen geltend. Sie haben die Erfahrung gemacht, daß sie mit der Ablehnung aller militärischen Formen und mit ihrem pazifistischen Gewinnselbst die Massen verstoßen haben, während die nationalen Gegner, bei denen das Soldatliche allerdings im Blute fließt, den Erfolg davontragen. Das hat nun das Nachahmungsbedürfnis der Roten angeregt. Wenn sie von Natur schon keine Löwen sind, was hindert sie, wenigstens das Pöbelschiff umzuhängen und zu brüllen wie die Löwen? Ohne eine „Front“ geht es also nicht mehr, und zwar darf sie gegenüber der Daraburger nicht etwa eine schlichte Weimarer Front sein, sondern zum mindesten eine „eiserne“. Ihre Formationen“ gliedern sich in „Dundertkassen“, neuerdings gar in „Dammerschäften“, und wenn es „zum Schlagen“ kommt, dann geht es ohne einen Durchbruch“ überhaupt nicht mehr ab. Eine bessere Propaganda kann sich der hohe „Militarismus“ gar nicht wünschen. Aber im marxistischen Pöbel sind das doch nur belanglose Neugierigkeiten, an der Oberfläche haltende Jungkandidaten an den Jagen der Zeit. Viel wichtiger ist es für die Sozialdemokratie, wenn es ihr auf diese Weise gelingt, die Krise im Reichsbanner zu überwinden, die mit der Ausbootung Öberlings und dem Uebergang der Leitung an Höltermann offenkundig geworden ist. Und am wichtigsten: der Hauptzweck des ganzen Treibens ist der Witz, der mit den Millionenabgaben dieser „Eisernen Front“ beabsichtigt ist. Es soll so aussehen, als hätte sich das ganze republikanisch denkende Deutschland in aktivem Kampfwillen gegen den Nationalismus zusammengeschlossen. Darum werden Zahlen verbreitet, die mit dem Reichsbanner die Arbeiterpartei, die Gewerkschaften und allerlei sonstige Organisationen aufzummern, die sich irgendwie und irgendwann einmal für den Gedanken republikanischer Sammlung ausgesprochen haben. Wir wollen gewiss nicht in den Fehler verfallen, den Wegner zu unterschätzen und die Bedeutung der „Eisernen Front“ als politische Macht mit den ablichen, naheliegenden Wortwippen abzutun. Aber lange machen gilt erst recht nicht. Wenn man auch noch so viel Unterorganisationen einzeln aufzählt und sie zur Zahl der SPD-Mitglieder addiert, deshalb werden im ganzen die in der SPD organisierten Anhänger doch nicht vermehrt. Und dabei ist die „Eiserne Front“ schon in ihren Anfängen stecken geblieben. Das ist das Wesentliche und für ihre Tragweite Bedenkliche. Denn das Zentrum hat ihnen samt seinen christlichen Gewerkschaften von vornherein eine klare und eindeutige

Versteckter Staatsstreich gegen das Memelland?

Memel, 28. Jan. Der deutsche Pressesturm gegen die von litauischer Seite geplante Verewaltung des Memelgebietes hat auf die litauischen Nationalisten offenbar doch etwas abkühlend gewirkt, weshalb man sich lebhaft bemüht, alle Gewaltpläne in Abrede zu stellen. Trotzdem ist die Gefahr noch keineswegs beboben.

Der litauische Gouverneur Mezys, der zur Zeit in Rowno weilt, hat nunmehr als seine Mindestforderung den Rücktritt des Landespräsidenten Pliškever verlangt, was praktisch einem Rücktritt der gesamten memelländischen Landesregierung gleichkommen würde.

In Memel steht man jedoch keineswegs Veranlassung, der Rücktrittsforderung des Gouverneurs zu entsprechen, nachdem der memelländische Landtag der Landesregierung erst vor wenigen Tagen im Zusammenhang mit den litauischen Angriffen das Vertrauen ausgesprochen hat. Präsident Pliškever hat erklärt, daß er ebenso wie sein Direktorium auf keinen Fall zurücktreten werde. Er würde lediglich der Gewalt weichen.

In Kreisen des Landtages wird darauf hingewiesen, daß ein Rücktritt der Landesregierung den litauischen Plänen nur entgegenkommen würde, da dann der Gouverneur die Möglichkeit besäße, einen

litauer als Landespräsidenten zu ernennen, der wiederum, wie befürchtet werden muß, eine rein litauische Landesregierung bilden würde. Dem memelländischen Landtag bleibt dann zwar noch die Mög-

lichkeit, dieser Landesregierung das Misstrauen auszusprechen, doch hat es der Gouverneur auf Grund des Memelstatuts in der Hand, dann den Landtag im Einvernehmen mit der Landesregierung aufzulösen, worauf die Autonomie praktisch hinfällig geworden wäre. Die Forderung des Gouverneurs läßt also auf einen Staatsstreich auf Umwegen hinaus, gegen den man sich von memelländischer Seite unter allen Umständen zur Wehr setzen muß.

Das Braut von „M. 2“ gefunden?

London, 28. Jan. Im Verlaufe der Sucharbeiten nach dem vermißten U-Boot „M. 2“ hat ein Seefluggeschiff etwa acht Meilen nordwestlich des Leuchtturmes Portland Hill einen Wellenkeil entdeckt, und späterhin hatten die Suchleinen der Minenboote dort an einem Hindernis fest, von dem man mit ziemlicher Sicherheit jetzt glaubt, daß es das Braut von „M. 2“ ist. Als das Suchfahrzeug „Sabre“ seine Anker lassen ließ, kam weiteres Licht auf die Oberfläche. Es wurden sofort Taucher in die Tiefe hinabgeschickt, die glaubten, Klippfelsen zu erblicken zu haben. Bis zum Augenblick haben sie den Meeresgrund noch nicht erreicht, so daß noch keine völlige Sicherheit besteht, ob das U-Bootboot tatsächlich gefunden worden ist.

Heute: Der D.N.-Kraftfahrer Seite 10 und 11